



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920

269 (22.6.1920) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-191921](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-191921)

Mannheimer General-Anzeiger

Wegzugspreise: In Mannheim u. Umgebung monatl. einchl. M. 1.50 für Einzelk. u. Einzimmerk. ...
Wegzugspreise: Bei fortwährender Witterung u. 1 poln. Kolonialgete 1.50 M. ...

Badische Neueste Nachrichten

Die Konferenz von Boulogne.

Die Entwaffnung Deutschlands.

Berlin, 22. Juni. (Von unserm Berliner Büro.) Ueber die Bestimmung gemäß der Erfüllung des Berliner Vertrages in bezug auf die Verminderung des Heeres, die Abgabe und Vernichtung von Waffen und Munition, Auflösung der Fabriken, Schließung der Festungen und Verminderung der Luftstreitkräfte werden uns von zuständigen militärischer Stelle folgende Angaben zur Verfügung gestellt:

Die letzten Meldungen der Wehrtrikommandos ergaben, daß die Herabsetzung des Heeres am 31. Mai auf 200 000 einschließlich der in der neutralen Zone befindlichen Truppen durchgeführt ist. Am 20. April hatte die deutsche Regierung in San Remo den Antrag gestellt, das 200 000 Mann Heer dauernd beibehalten zu dürfen. Der hohe Rat behielt die Entscheidung dieser Frage der Konferenz von Spa vor. Da die Herabminderung des Heeres auf 100 000 Mann bereits am 10. 7. durchgeführt sein soll, andererseits die Konferenz von Spa auf den 5. 7. verschoben wurde, so stellte die Reichsregierung am 3. 6. den Antrag, die am 10. 7. ablaufende Frist der Herabminderung der Heeresstärke zu verlängern. Die Reichswehr gliedert sich jetzt in zwei Gruppenkommando mit zusammen 7 Divisionen und Stäben (Wehrkreise). Die vorgeschriebenen Stärkefiguren der Einheiten und Stäbe sind für das 200 000 Mann-Heer nicht überschritten. Aufgelöst wurden: die früheren sieben Armeekorps und 25 Generalkommandos, der Große Generalstab, die D. S. L., die Kriegsmünsterien Preußen, Bayern, Sachsen und Württemberg. Es besteht nur noch das Reichswehrministerium mit 299 Offizieren und Gleichgestellten. Ferner sind aufgelöst die Kriegsakademien Berlin und München, sämtliche Kriegsschulen, Kadettenkorps und Unteroffizierschulen. Es besteht jetzt eine Infanterie-, Kavallerie-, Artillerie- und Pionierschule. Die Bestände an Geschützen, Minenwerfern, Maschinengewehren, Gewehren und Munition sind im gleichen Verhältnis mit der Herabsetzung der Heeresstärke vermindert. In Erfüllung des Artikels 170 sind Maßnahmen getroffen, um die Ein- und Ausfuhr von Kriegsgüter zu verhindern. Deutschland wird, wenn unseren Forderungen entsprochen wird, noch 5 Festungen behalten dürfen: Pillau, Swinemünde, Kolberg, Uman und Küstrin. Die Schließung der Festungen ist in Arbeit und wird termingemäß beendet werden. Sämtliche Anlagen zur Herstellung von Kriegsgüter sind auf die Friedenswirtschaft umgestellt. Die deutschen Luftstreitkräfte des Heeres und der Marine sind völlig aufgelöst, bis auf 60 Seeflugzeuge, die zum Minensuchen verwendet werden. Das gesamte freigemachte Material der früheren Marineflotte ist der Entente zur Verfügung gestellt.

Englische Mahnungen an Frankreich.

Rotterdam, 22. Juni. (W. B.) Der diplomatische Mitarbeiter des Daily Chronicle weist darauf hin, in wie hohem Maße der Weltfrieden von dem Zusammengehen Englands und Frankreichs abhängt und schreibt u. a., es werde den englischen Politikern aller Parteien immer deutlicher, daß die Gefahr nicht in der Entartung Deutschlands oder eines Angriffs der Deutschen oder von bolschewistischer Seite liege, sondern das Hineinfallen Mittel- und Osteuropas in vollständige Verwüstung und Verwirrung und die damit zweifellos verbundenen verhängnisvollen Folgen für den Orient. Der Korrespondent empfiehlt als in Betracht kommend, in Spa in liberaler Weise aufzutreten und sagt: Wenn uns Frankreich wirklich bei den Verhandlungen mit Rußland beistehen will und uns hilft, jedem Friedensbruch in Osteuropa entgegenzutreten, wird England Frankreich in weitgehendster Weise seinen Schutz und Unterstützung bei dem wirtschaftlichen Wiederaufbau zuteil werden lassen.

Unter der Fremdherrschaft.

M. Aachen, 22. Juni. (Priv.-Tel.) Dem „Aachener Volksfreund“ zufolge wurden in der Nacht zum Sonntag in der Umgebung von Walden ein Dutzend Personen wegen Verteilung von Flugblätter durch die belgische Polizei verhaftet. Darunter befindet sich auch der Tierarzt Schmidt aus Nüttgenbach und eine Reihe angesehener Personen. Ebstern wurde Walden wieder mit Flugblättern überflutet, welche sich gegen die belgische Behörde richten.

Marienwerder, 21. Juni. Dem Auswärtigen Amt in Berlin ging folgendes Telegramm von dem gestrigen Tage zu: Im Anschluß an die auf dem Deutschen-Lage in Marienburg gehaltenen Reden protestieren 30 000 Bewohner des Abstammungsgebietes mit feierlichem Ernst gegen die unerhörte Verhaftung des Dr. Holtzums, des Hauptgeschäftsführers des Deutschen Ausschusses für Westpreußen. Sie fordern sofortige Freilassung. Die Arbeitsgemeinschaft sämtlicher politischer Parteien des westpreussischen Abstammungsgebietes macht auf die schwerwiegenden Folgen bei zunehmender Erregung der Bevölkerung aufmerksam und lehnt jede Verantwortung der weiteren Entwicklung ab.

Der Freiheitstempel der Türkei.

M. Köln, 22. Juni. (Priv.-Tel.) Daily Chronicle meldet, daß in Malta und Saloniki englische Truppen zusammengestellt würden, um nach der Türkei geschickt zu werden. Es sind etwa 30 000 Mann, von denen aber nur 10 000 Engländer sind.

Konstantinopel, 22. Juni. (W. B.) Die Streitkräfte Mustafa Kemal Paschas umzingeln Ismid und besetzen Guebe. Die Regierungstruppen ziehen sich in Richtung Alenbagh zurück. Die nationalistischen Streitkräfte in Anatolien gewinnen immer mehr an Boden.

Die Russen in Persien.

London, 22. Juni. (W. B.) Reuter Evening News berichtet aus Teheran: Die Streitkräfte von Kuchak Khan griffen

mit Hilfe von bolschewistischen Geschützen die persischen Kasaken in Resht an. Vier russische Offiziere und 30 Perser wurden in dem vierstündigen Kampfe getötet. Darauf kapitulierten die Kasaken.

Die Kämpfe zwischen Polen und Rußland.

Kopenhagen, 22. Juni. (W. B.) Einem Warschauer Telegramm zufolge besagt der polnische Heeresbericht: Auf dem Nordabschnitt der Front kam es vor unseren Stellungen längs der Wuta und am Oberlauf der Weresina zu örtlichen Kämpfen. Zwischen Beresinow und Bobrusk sind Versuche der Bolschewisten, die Weresina zu überschreiten, mit großen Verlusten für den Feind abgeschlagen worden. An der ukrainischen Front fanden keine Kämpfe statt.

Prag, 21. Juni. (W. B.) Das tschechische Pressbüro erzählt, der Chef der russischen Mission, Krasin, habe an den Minister des Aeußern ein Schreiben gerichtet, in dem er an gibt, in welcher Art und Weise es möglich wäre, sofort Handelsbeziehungen anzuknüpfen und was für Waren nach Rußland aus der Tschechoslowakischen Republik ausgeführt werden können. Dem Brief liegt ein genau detailliertes Verzeichnis aller Fabrikate und Waren bei, mit denen Handel getrieben werden könnte.

Der Aufstand in Albanien.

M. Köln, 22. Juni. (Priv.-Tel.) Aus Mailand wird gemeldet, daß die italienische Regierung den Entschluß faßte, gegen Albanien starke militärische Maßnahmen zu treffen, um endlich wieder Ruhe und Ordnung in das Land zu bringen.

Die Kabinettsbildung.

Berlin, 22. Juni. (Pr.-Tel.) Nachdem die grundsätzliche Vereinbarung zwischen den Demokraten, Zentrum und der Deutschen Volkspartei zustande gekommen ist, ergaben sich nunmehr bei der Zusammenstellung des Kabinetts einige Schwierigkeiten. Das Zentrum, das den Reichstanzler Fehrenbach stellt, hält sehr daran fest, daß das Finanzministerium seinem bisherigen Inhaber Dr. Wirth weiter vorbehalten bleibt, ebenso das Reichspostministerium dem Abg. Giesberts und daß ferner das Zentrum den Posten des Ernährungsministeriums durch seinen Kandidaten Dr. Hermes besetzt. Weiter soll unter Umständen noch ein Posten, vielleicht der Wiederaufbau, für einen Kandidaten der Deutschen Volkspartei vorbehalten bleiben. Die Demokraten beanspruchen wie bisher das Reichsamt des Innern (Dr. Koch) und das Reichswehrministerium (Dr. Gehler), außerdem soll General Gröner, mit dem, wie es scheint, schon feste Vereinbarungen getroffen sind, das Verkehrsministerium erhalten. Gröner gilt als ausgesprochener Parteigänger und somit für diesen Posten wenig geeignet. Jedenfalls erhebt die Deutsche Volkspartei gegen eine derartige Zusammenfassung des Kabinetts entschiedenen Einspruch. Für sie sollte nach diesen Vorschlägen Fehrenbach nur noch das Reichspostministerium und außerdem entweder das Wirtschaftsministerium oder das Schatzamt übrig bleiben. Die Deutsche Volkspartei steht auf dem Standpunkt, daß sie auf diese Weise gegenüber dem Zentrum, den Demokraten ihrer genügenden Stärke vertrieben sein werde. Außerdem erhebt sie die Forderung, daß wirkliche Fachmänner in die Ämter berufen werden. Es ist deshalb fraglich, ob Herr Giesberts sowie Dr. Wirth für ihre Posten geeignet sind. Die Deutsche Volkspartei wird ihren ganzen Einfluß ausüben, um eine Umbildung des Kabinetts nach diesen ihren Grundsätzen herbeizuführen.

Berlin, 22. Juni. (Von uns. Berl. Büro.) Die „B. Z.“ behauptet, die Demokraten werden jedenfalls das Reichsministerium des Innern (Koch) und das Reichswehrministerium (Dr. Gehler) behalten. Geh. Rat Wiedfeld (Deutsche Volkspartei), ebenso auch der Mitinhaber der Hamburger Bankfirma Warburg u. Co. Dr. Meißner (Dem.) hätten das ihnen angebotene Wirtschaftsministerium abgelehnt.

Drohungen der Unabhängigen.

In Magdeburg hat Dr. Rudolf Breitscheid eine mehr als merkwürdige Rede in einer Versammlung der Unabhängigen gehalten. Er kam auf die Ablehnung seiner Partei, sich an der Regierung zu beteiligen, zu sprechen, und meinte, der Sozialismus, der sich mit dem Bürgertum in ein Schiff setze, gebe sich selbst auf. Von den Mehrheitssozialisten hätte man verlangen müssen, daß sie sich grundsätzlich gegen eine Koalition mit den Bürgerlichen aussprächen. Die Unabhängigen ständen auf dem Boden des Massenkampfs. Ein Zusammengehen mit den Bürgerlichen breche die Macht des Proletariats. Die Revolution sei noch keineswegs beendet. Die nächsten Wochen und Monate würden Ereignisse bringen, die sich an kein parlamentarisches Wahlergebnis lehnen würden. Wir fragen, sind das leere Drohungen oder ernste und sehr ernsthaft zu nehmende Aufforderungen. Die neue Regierung wird die Spur jedenfalls verfolgen müssen und wir erwarten, daß sie etwas weniger Sorglosigkeit zeigen wird als das verlassene Kabinett gegenüber den Aufforderungen des Aufstandes im Ruhrgebiet.

Die Unruhen in Krefeld.

T. B. O. Krefeld, 22. Juni. (Priv.-Tel.) Bei den gestrigen Unruhen haben, wie der Behörde bekannt geworden ist, recht erhebliche Schmarotchen ihre Hand im Spiele gehabt. Der durch die Unruhen angerichtete Schaden wird auf mehrere Millionen geschätzt. Die städtische Lebensmittelverwaltung hat beschlagnahmt, Obst, Gemüse und andere Lebensmittel in größeren Mengen einzulagern und zum Selbstkostenpreis an die Bevölkerung abzugeben. Verkäufer dürfen den Markt vor 10 Uhr morgens nicht betreten. Die Stadt bietet noch immer ein besorgtes Bild. Starke belgische Patrouillen durchziehen die Straßen.

Der Landarbeiterstreik in Pommern.

Berlin, 22. Juni. (Von uns. Berl. Büro.) Der Landarbeiterstreik in Pommern hat trotz der Abschließung von Tarifver-

trägen eine weitere Zuspitzung erfahren. Neuerdings hat der Streik auf den Kreis Rummelsburg übergreifen und in dem Kreis Schwane an Umfang zugenommen. Im Kreise Löwenburg versuchten einzelne Barden zu plündern. Die in aller Eile aus Stettin einrückende Sicherheitspolizei wird diesem Unwesen ein Ende bereiten.

Die Auflösung der Einwohnerwehren in Preußen.

Berlin, 22. Juni. (Von uns. Berl. Büro.) Vom Reichsministerium des Innern wird mitgeteilt, daß die durch die Rote des Chefs der Interalliierten Kommission General Koller angeforderte Auflösung der Einwohnerwehren in Preußen vollkommen durchgeführt ist. Nur in Ostpreußen bestehen die Einwohnerwehren noch mit Genehmigung der Entente-Kontroll-Kommission fort. Die Abgabe der Waffen ist noch nicht überall in dem erforderlichen Umfang erfolgt. Besonders die Bewohner des plattischen Landes, hauptsächlich in Süddeutschland und in den Grenzgebieten weigern sich, ihre Waffen abzugeben, um nicht wehrlos den bewaffneten Barden in die Hände zu fallen. Für Durchführung der vollkommenen Entwaffnung ist eine starke Sicherheitspolizei notwendig, wie sie uns heute noch nicht zur Verfügung steht. Soweit die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen vorhanden sein werden, wird eine planmäßige Durchsuhung des Landes nach Waffen vom Ministerium des Innern angeordnet werden. Außerdem hat der Minister des Innern einen Plan zur Organisation des Flur- und Feldschutzes ausgearbeitet, der, sobald feststeht, daß dieser uns von der Entente in Spa bewilligt wird, sofort in Kraft gesetzt wird.

Die deutschösterreichische Regierungskrise.

Wien, 19. Juni. Die letzte Woche ist vergangen, ohne daß die innerpolitische Entwicklung irgend welche Fortschritte gemacht hätte. Zurzeit steht in erster Linie der Plan der Bildung eines reinen Geschäftsministeriums, als dessen voraussichtlichen Leiter man den ehemaligen Minister für öffentliche Arbeiten Homann nennt, und in zweiter Linie kommt die Bildung eines Konzentrationsministeriums unter Teilnahme aller drei Parteien in Betracht.

Im Großen und Ganzen zeigt sich, daß die Entwicklung der Dinge durchaus unter dem Drucke des Ausfalls der deutschen Reichstagswahlen und der dadurch geschaffenen Lage steht. So sehr die sozialdemokratischen Minister die Aufrechterhaltung der Koalition wünschen, so sehen sie sich in der sozialdemokratischen Parteileitung doch gegenüber einer gegenteiligen Auffassung, die von der Erwägung ausgeht, daß die sozialdemokratische Partei sich einige Monate vor den Wahlen in oppositioneller Luft stärken müsse, wenn sie nicht bei den kommenden Wahlen starke Einbußen erleiden sollte. Dazu kommt noch das persönliche Moment der innerhalb der Gesamtpartei wachsenden Gegnerschaft gegen Dr. Renner und den Präsidenten der Nationalversammlung Seig, die eigentlich nur mehr in einigen demokratischen Blättern Fürsprecher finden. — Daß Seig durch Zwischenträgereien zwischen den Christlichsozialen und den Großdeutschen die alte Koalition zu retten suchte, hat die taktische Lage der sozialdemokratischen Partei merklich verschlechtert. Im übrigen herrscht, wie schon erwähnt, die Ansicht vor, daß die Lösung der Regierungskrise in Deutschland auch für die Lösung der Wiener Krise bestimmend sein werde, die im wesentlichen eine Krise innerhalb der sozialdemokratischen Partei ist.

Der Boykott gegen Ungarn.

Die roten Gewerkschaften fühlen ihre Macht. Vor wenigen Monaten sahen sie durch, daß bei uns in Deutschland neuernennende Minister ihre Genehmigung haben müßten, und wenn wir in der jetzigen Krise nichts von ihnen hören, so liegt das nur daran, daß die sozialdemokratischen Parteien abseits stehen. Im Generallstreik glauben sie über ein unter allen Umständen erfolgreiches Mittel zu verfügen. Nun aber soll der Generallstreik auch im Verkehre der Staaten untereinander angewendet werden, und zwar auf Befehl der Leitung der internationalen Gewerkschaften, die sich hier mit aller Dreifigkeit eine Macht anmaßen, die der gepriesene Völkerbund für sich in Anspruch nehmen will. Der Feind ist Ungarn. Dieses unglückliche Land hat unter Herrschaft der Bela Kun und seiner Spießgesellen Furchtbares erlitten, und wenn sich nun nach dem Sturz dieser Schandherrschaft bei den Unterdrückten Rachegefühle regen, so ist das nur zu begreifen. Aber was da zu viel geschehen ist, reicht nicht entfernt heran an die Schauererzählungen vom „Weißen Terror“, mit denen die Freunde des in österreichischem Gewahrsam sicheren Bela Kun die Presse der ganzen Welt versorgen. Die ungarische Regierung stand diesem Verleumdungsfeldzug so machtlos gegenüber wie Deutschland feinerzeit dem der Northseepresse, fühlte sich aber in ihrem guten Recht und ist nun entschlossen, den bolschewistischen Schredensmännern, denen nicht wie Bela Kun die Flucht über die Grenze gelungen war, den Prozeß zu machen. In diesem Augenblick nun treten die Roten Gewerkschaften in Tätigkeit. Sie verbieten über Ungarn den Verkehrrstreik, kein Eisenbahnzug, kein Dampfer darf seine Grenze passieren, jeder Postverkehr soll unterbunden werden. In der Nacht vom 19. zum 20. Juni ist diese Verkehrrsperre, die vollständig die Wirkung der schärfsten Blockade hat, in Kraft getreten, ohne daß man auf die Meinung der ungarischen Arbeiter selbst irgend welche Rücksicht genommen hat. So wird hier ein ganzer Staat verweigert, während man ein Eingreifen der Entente gegen Rußland mit scheinheiliger Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu hintertreiben sucht. Wer aber die sozialdemokratische Presse verfolgt, wird finden, daß es sich hier nur um einen ersten Versuch handelt. Es gilt, die Souveränität der gefehrmöglichen Staatsgewalten auszuschalten zugunsten der Willkür der internationalen Gewerkschaftszentrale. „Es wird, wenn nicht alle Zeichen täuschen, sehr bald die Gelegenheit zum Eingreifen auch in anderen Angelegenheiten gegeben werden“, sagt die Wiener „Arbeiterzeitung“ und denkt vielleicht an Polen, wenn dieses im Kampf gegen das bolschewistische Rußland bedeutende Erfolge haben sollte, an denen es allerdings bis jetzt durchaus gefehlt hat. Aber es bieten sich hier die weitgehendsten Möglichkeiten. Hat der Boykott Erfolg, so bewirkt er in der Tat die Zerstörung der Grundlagen nicht nur des Verkehrrlebens, sondern ganz allgemein der Beziehungen der Staaten untereinander. Dem Ziel der Diktatur des Proletariats wäre man ein großes Stück näher gekommen. Will das

